

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Verbandsverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Der Verband ist Eure Kraft! Klares Erkennen, Solidarität und Charakterstärke sind die Voraussetzungen für Verbesserung Eurer Wirtschaftslage! Stärkt Euren Verband! Der Sieg über den Kapitalismus ist verbürgt, wenn die Arbeiterschaft der eigenen Kraft bewusst wird und Vertrauen zu ihren Organisationen hat.

Zu den Betriebsrätewahlen im Jahre 1928.

Nur wenige Wochen trennen uns noch von den Betriebsrätewahlen. Es ist notwendig, die Arbeiterschaft auf die Wichtigkeit dieser Wahlen hinzuweisen. Wie bei allem im Leben hat sich auch über das Betriebsrätegesetz und seine Bedeutung eine gewisse Gleichgültigkeit gebreitet. Das ehemals so heiß umstrittene Gesetz ist bereits mehrere Jahre in Kraft. Die gewählten Betriebsräte tun ihre Pflicht, aber die Arbeiterschaft bekümmert sich leider nicht genug um diese Einrichtung. Die alljährlich stattfindenden Wahlen geben die Möglichkeit, sich mit diesem Gesetz und dem Problem der Wirtschaftsdemokratie überhaupt zu beschäftigen.

Die Eroberung der Wirtschaft durch die Arbeiterschaft war das große Ziel, das mit der Betriebsrätewahlbewegung eingeleitet werden sollte. Politisch ist die Idee der Demokratie weitgehend durchgeführt. Die Regierungsgewalt geht vom Volke aus, so heißt es in der Weimarer Verfassung. Aber die demokratische Herrschaft im Wirtschaftsleben steht noch blass da. Im wirtschaftlichen Betrieb, dort, wo Werte geschaffen werden, wo die Millionen Menschen ihren täglichen Kampf auszufechten haben, da ist nach wie vor die Alleinherrschaft des Unternehmers oder einer Gruppe von Befehlshabern maßgebend. Von einer Demokratie oder einem Mitbestimmungsrecht breiter Volksmassen ist hier nichts wahrzunehmen. Selbst die im Betrieb Tätigen haben lediglich zu arbeiten und zu gehorchen. Und doch können durchgreifende Fortschritte und Erfolge niemals zur Wirklichkeit werden, wenn in diesen Keimzellen der Wirtschaft und darüber hinaus in der gesamten Volkswirtschaft jene Volksmassen von der Leitung ausgeschlossen werden, deren Hände und Hirnen letzten Endes der volkswirtschaftliche Reichtum entsprossen.

Auf dem Gewerkschaftskongress in Breslau wurde sehr deutlich die Forderung erhoben, daß es notwendig sei, die Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren im Wirtschaftsleben anzuerkennen und den Gewerkschaften die Mitwirkung und Mitbestimmung in der Wirtschaftsführung einzuräumen. Das erste Parlament der Arbeiterschaft konnte sich hierbei auf den Artikel 185 der Reichsverfassung berufen, der den Arbeitern und ihren gewerkschaftlichen Organisationen die gleichberechtigte Mitwirkung an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte und ihre Beteiligung an den Wirtschaftstätigkeiten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben zuerkennt. Es sind in dieser Beziehung bisher nur einige Ansätze erreicht worden. Das Besitzrecht der Unternehmer ist noch ungehämmt, das Profitinteresse wird noch immer über das Allgemeinwohl gestellt. Es kann nicht damit abgesehen sein, in einem in seinem Aufbau unzureichenden Reichswirtschaftsrat die Verwirklichung aller Wünsche zu sehen, sondern die Demokratisierung der Wirtschaft muß von unten auf ihren Anfang nehmen. Der Ausgangspunkt von alledem sollen und müssen die Betriebsräte sein. Deshalb unser Hinweis auf die Bedeutung der Betriebsrätewahlen.

In den Gewerkschaften sah man in der Vorkriegszeit in der Hauptsache nur sozialpolitische Faktoren. Daß hiermit die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung nicht voll erschöpft werden, dürfte jedem ohne weiteres klar sein. Auch der herrschenden Gewalt ist nachgerade der Gedanke gekommen, daß die Gewerkschaften etwas anderes sind, als lediglich Förderer der Sozialpolitik. Im März 1915 erklärte der damalige Staatssekretär Delbrück im Reichstag: „Man hat vielfach die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften verkannnt und in ihnen politische Agitationsinstrumente bestimmter Parteien gesehen, während tatsächlich nach meiner

festen Ueberzeugung die Gewerkschaften in erster Linie wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben nicht mehr denkbar ist.“

Die Politik der Gewerkschaften in der Zukunft muß Sozialpolitik und Produktionspolitik zugleich sein. Die sozialpolitischen Belange der Arbeiter und Angestellten sind auf das eifrigste wahrzunehmen, aber daneben gilt es, das Eindringen der Arbeiterschaft in die Wirtschaftsführung mit allen Mitteln zu fördern. Diese große Forderung fassen wir zusammen in die Worte: Kampf um die Wirtschaftsdemokratie!

Dieser Kampf gewinnt an Bedeutung dadurch, weil die deutsche Industrie immer größere Anforderungen an die geistige und die körperliche Befähigung der Arbeiter und Angestellten stellt. Im modernen Produktionsprozeß, der durch die Rationalisierung und Umstellung immer mehr verfeinert wird, kann nur ein geistig hochstehender Arbeiter seinen Platz vollständig ausfüllen. Somit beruht die Weltgeltung der deutschen Wirtschaft nicht in letzter Linie auf der Intelligenz der deutschen Arbeiterschaft. Um den Platz im Wirtschaftsleben vollständig ausfüllen zu können, ist ein hoher Lebensstandard der breiten Massen eine absolute Notwendigkeit. Diesem Ziel gilt der Gewerkschaftskampf. Doch darin kann sich die Gewerkschaftsbewegung nicht erschöpfen. Sie muß im Gegenteil, angesichts der gestellten Anforderungen, auch auf Verbreiterung der Herrschaft der Arbeiterschaft über das gesamte Wirtschaftsleben bemüht sein. Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie ist auch deshalb begründet, weil der Staat von heute grundverschieden gegenüber dem in der Vorkriegszeit ist. Recht deutlich hat dies einmal Kollege Leipart in einem Gedächtnisartikel zu Karl Legiens Sterbetag in der Zeitschrift „Die Arbeit“, Heft 1 des Jahrganges 1926, zum Ausdruck gebracht:

„Der demokratische Staat ist nicht mehr der Obrigkeitsstaat von früher, sondern soll der Volksstaat sein. Als solcher ist der demokratische Staat gezwungen, mehr Wirtschaftspolitik zu betreiben, als der alte Obrigkeitsstaat das zu tun brauchte. Der demokratische Staat muß aber auch um seiner selbst willen seinen Einfluß auf die Wirtschaft ausüben. Denn Demokratie im Staate und Autokratie in der Wirtschaft vertragen sich nicht auf die Dauer. Wer also das demokratische System in der Staatsverwaltung schützen und aufrechterhalten will, muß dafür sorgen, daß auch in der Wirtschaft die Demokratie durchgeführt wird.“

Aus alledem ist die Bedeutung der Betriebsrätewahlbewegung zu erkennen. Die Betriebsräte sollen die Pioniere des Kampfes um die Wirtschaftsdemokratie sein. Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Umbau. Wie sie nach zehn Jahren aussehen wird, kann heute noch niemand wissen.

Aber soviel wissen wir, daß die Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ohne Mithilfe der breiten Massen nicht geschehen kann und nicht geschehen darf. Die Hand- und Kopfarbeiter sollen nicht nur lediglich als Arbeitskräfte in Frage kommen, sondern als Mitbestimmende im Wirtschaftsprozess berufen sein. Das sind die großen Gedanken, die dem Kampf um die Befestigung der Betriebsräte zugrunde liegen müssen. Deshalb, ihr Arbeiter in Stadt und Land, rüftet zu den Betriebsrätewahlen! Sie sind die Vorpostengefechte des Kampfes um die Demokratisierung der deutschen Wirtschaft.

Die Freude am Wirken ist Leben — das hilft uns weiter, wenn auch der Weg manchmal sehr steil und ermüdend ist.

Max Müller.

Sitzungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin.

Nach dem Ausklang des letzten Internationalen Kongresses in Paris mußte man den vom 18. bis 20. Januar in Berlin stattgefundenen Sitzungen des Vorstandes und Ausschusses des IGB mit Spannung entgegensehen; sollte hier doch endgültig über die Sitzverlegung des Bundes beschlossen werden, wobei naturgemäß sowohl Rücksicht auf die geographische Lage als auch auf die Bedeutung der Gewerkschaften des zu wählenden Landes zu nehmen war. Aber auch die Person des zukünftigen Generalsekretärs sollte bestimmt werden. Daß diese Wahl schon an sich, besonders aber auch nach den Pariser Vorgängen, ebenso bedeutsam wie schwierig ist, liegt auf der Hand, zumal von dem zukünftigen Generalsekretär möglichst umfassende Sprachkenntnisse, organisatorische und taktische Fähigkeiten neben sonst noch wünschenswerten Vorzügen gefordert werden müssen, die nicht ohne weiteres immer in einer Person vereinigt sind, zumal diese außerdem aber auch in der internationalen Gewerkschaftsbewegung durch seine bisherige Tätigkeit bekannt sein und größeres Ansehen genießen muß. — Da der Pariser Kongress des IGB beschlossen hat, das Mandat der drei stimmberechtigten Vertreter der internationalen Berufsgewerkschaften im Ausschuss erteilen zu lassen und die Berufsgewerkschaften in organisatorischen Fragen zur Mitarbeit heranzuziehen, waren in den Sitzungen zur Besprechung des Tätigkeitsberichts, des Aktionsprogrammes und der Reorganisation der Bundesleitung auch Delegierte der Berufsgewerkschaften anwesend. Von unserer Internationale nahmen Kollege Straine und Lanjink (Holland) teil.

Die diesem Verwaltungskörper gestellten Organisationsfragen konnten auch diesmal noch nicht vollständig gelöst werden. Nachdem Jouhaux zunächst die Stellungnahme des Bundesvorstandes bekanntgegeben hatte, wurde nach einer kurzen allgemeinen Debatte, in der die englische Delegation Brüssel als zukünftigen Sitz des IGB vorschlug, eine Kommission von 7 Mitgliedern eingesetzt, die nach eintägigen Verhandlungen durch Genossen Graßmann mitteilen ließ, daß sich eine Mehrheit der Kommission für Berlin als künftigen Sitz des IGB ausgesprochen hatte, während sich eine Minderheit für Brüssel erklärte. Wegen des Generalsekretärs schlug die Kommission vor, die Landeszentralen aufzufordern, für diesen Posten innerhalb vier Monaten Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Die Namen dieser Kandidaten sollen hierauf den Landeszentralen zur Kenntnis gebracht werden, worauf nach weiteren zwei Monaten in einer neuen Ausschusssitzung die endgültige Wahl erfolgen soll. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der Sitz des IGB in Amsterdam bleiben. Auch die Entscheidung über die Ernennung eines Vorsitzenden soll bis zur nächsten Ausschusssitzung vertagt werden.

Nach einer ausführlichen Debatte, an der sich Vertreter aller Länder beteiligten und die den verschiedenen Rednern Gelegenheit gab, die sachlichen, organisatorischen und geographischen Vorteile von Berlin und Brüssel neuerdings abzuwägen, beschloß die Konferenz auf Antrag der deutschen Delegation, die Sitzfrage mit den übrigen Punkten auf die nächste Sitzung zu vertagen, und zwar speziell auch deshalb, weil die Vertreter mehrerer Länder kein bestimmtes Mandat hatten und ohne ein solches einem so weittragenden Beschluß nicht zustimmen wollten.

Der Besprechung des Verhältnisses des IGB zum Internationalen Arbeitsamt und der auf der nächsten internationalen Arbeitskonferenz zur Behandlung gelangenden Fragen lagen umfangreiche Berichte über das Problem der Mindestlöhne und der Unfallversicherung vor, ferner verschiedene Artikel und Ausführungen bekannter Führer über die Stellungnahme des IGB zur internationalen Arbeitsorganisation. In einer ausführlichen Rede gab Mertens, Belgien, eine bis in alle Einzelheiten gehende Darstellung der Organisation und Arbeitsweise des Internationalen Arbeitsamtes, sowie der internationalen Arbeitskonferenzen. Obwohl es von größtem Nutzen sein könnte, wenn sich der IGB im Vorstand und Ausschuss mehr als bisher mit allen in Genf auflauchenden Fragen beschäftigte und allgemeine Richtlinien ausarbeiten, sowie auch durch Erhebungen und Berichte die Landeszentralen von den verschiedenen Auffassungen in Kenntnis setzt, sei es im Interesse der Erreichung guter Resultate und im Hinblick auf die in Genf oft wechselnden Konstellationen wichtig, daß die Arbeitergruppe und ihre Leitung in Genf die nötige Bewegungsfreiheit habe. Die Ausschussmitglieder schlossen

Ist dieser Auffassung allgemein an. Die vom IOB. in diesem Sinne bereits unternommenen Schritte wurden als äußerst zweckmäßig bezeichnet, besonders auch deshalb, weil dabei eine ernstlichere Durchdringung des Stoffes und eine kräftigere Arbeit in Genuß Hand geht mit der faktischen Selbstständigkeit der dem IOB. angehörenden Arbeitergruppe.

In diesem Zusammenhang setzten sich die Genossen Hueber, Wien, und Shaw, England, energisch für die Einführung der deutschen Sprache als offizielle Verhandlungssprache im Internationalen Arbeitsamt ein, wobei Shaw unter anderem hervorhob, daß es vor allem Aufgabe der nicht deutschen Vertreter sei, auf die Befestigung des letzten unhaltbaren Zustandes hinzuwirken.

Diese Fragen wurden behandelt im Zusammenhang und im Anschluß an den von Sassenbach erstatteten und durchaus gebilligten Tätigkeitsbericht des Sekretariats, auf den wir an dieser Stelle leider wegen Raummangels nicht näher eingehen können.

Zur Ausführung der Pariser Beschlüsse lag eine den internationalen Kampf für den Achtstundentag betreffende Entscheidung vor. Der Pariser Kongress hat dem IOB. zwei Aufgaben gestellt:

1. zu untersuchen, welche Maßnahmen getroffen werden können, um die Ratifizierung des Washingtoner Achtstundentagabereinkommens zu beschleunigen;

2. sich mit den angeschlossenen Landeszentralen in Verbindung zu setzen, um zu bewirken, daß mit Beginn des Jahres 1928 alle zwei Jahre eine Untersuchung über die wöchentliche Arbeitszeit durchgeführt und darüber eine Statistik angelegt wird.

Sassenbach schlug vor, in diesem Jahre bei der Feier des 1. Mai in erster Linie für die Durchführung des Achtstundentages und die Vornahme der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in allen Ländern zu demonstrieren.

Tom Shaw, der Vorsitzende der Kommission in Washington, die das Achtstundentag-Übereinkommen aufgestellt hat, betonte die Notwendigkeit seiner endlichen Anerkennung durch die Regierungen. Die Ratifizierung sei vor allem eine politische Angelegenheit. Deshalb sei es notwendig, daß die gewerkschaftlichen Landeszentralen und die politischen Organisationen in dieser Frage zusammenarbeiten. Der Schwerpunkt der ganzen Angelegenheit liege in England, das moralisch gebunden ist zu ratifizieren. Daß es dies immer noch nicht getan hat, sei der Reaktion in England zu danken, deren Treiben der Redner an einem Beispiel aus der Textilindustrie beleuchtete. Die Reaktion kämpfe mit Argumenten, die vor dem einfachen gesunden Menschenverstand zerschellen. In England besteht der Achtstundentag in der Praxis. Bei der herrschenden Arbeitslosigkeit könne er aber nicht voll ausgenutzt werden. England sei das große Hindernis in der Ratifizierungsfrage. Dabei könne England sich die Ratifizierung ohne weiteres leisten, da ja nur 8 Stunden gearbeitet wird. In England arbeite keine Fabrik mehr als 48 Stunden, bei Kurzarbeit wird nur 36 Stunden gearbeitet. Die Arbeitszeit wird auf ein paar Tage in der Woche zusammengedrängt, und selbst da, wo keine Arbeit für 48 Stunden ist, fordern die Unternehmer eine Arbeitszeit von 62 Stunden. Die Regierungen der anderen Länder berufen sich bei ihrer Weigerung auf die Weigerung Englands.

Die Anträge von Sassenbach wurden angenommen.

Zur Unterstützung der italienischen Gewerkschaftszentrale in Paris wird der Vorstand sich mit den genannten Vorschlägen befassen und der nächsten Ausschußsitzung einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Bei der Vorlegung der Bilanz wurde festgestellt, daß die finanziellen Verhältnisse des IOB. keinen Anlaß zu Besorgnissen geben. Der Voranschlag für 1928 wurde angenommen. Ueber die redaktionelle Fassung der Satzungen wurde nach kurzer Aussprache eine Verständigung erzielt.

Die Punkte 6 bis 8 der Tagesordnung wurden bis zur nächsten Ausschußsitzung, die in Amsterdam abgehalten werden soll, zurückgestellt. Den Anträgen der Gewerkschaftszentralen in England und Südwestafrica auf Anschluß an den IOB. wurde zugestimmt.

Die Verhandlungen fanden in einer temperamentvollen und lebhaft applaudierten Schlussrede von Johanz, in der er dem IOB. den Dank für die gute Aufnahme der ausländischen Delegierten aussprach, ihren Abschluß.

Während die Kommission zur Organisationsfrage tagte, fand — am 18. Januar — die vorgesehene

Konferenz der Internationalen Berufssekretariate

statt. — Die Konferenz kam zu der von der Mehrheit der Berufssekretäre schon immer, besonders aber auch wieder in Paris entgegen den huerberischen Vorschlägen entschieden vertretenen prinzipiellen Auffassung, daß allgemeine, die ganze Arbeiterbewegung interessierende Fragen, nicht von ihr, sondern ausschließlich im Rahmen des IOB. zu behandeln sind, wobei die internationalen Berufssekretariate in den gemeinsamen Sitzungen mit dem Ausschuß Gelegenheit haben, ihre Ansichten und Vorschläge bekannt zu geben. Die spezielle Sitzung der Berufssekretariate wird sich demnach ausschließlich immer nur mit speziellen Berufsfragen und organisatorischen Problemen zu befassen haben, und zwar in der Weise, daß der Vorstand des IOB. für diese Arbeit Richtlinien aufstellen und das Sekretariat Berichte verbreiten respektive Berichterstattung erlassen wird. Diese Richtlinien sollen der nächsten Konferenz der Internationalen Berufssekretariate unterbreitet werden.

Nach Entgegennahme eines Referats von van Hinte befaßte sich die Konferenz mit den speziellen Unfallgefahren und den Problemen der Berufskrankheiten in der Gas- und Elektrizitätsindustrie. Es wurde dem Vorstand des IOB. empfohlen, die Durchsührung einer Erhebung hierüber in geeigneter Weise im Rahmen des Internationalen Arbeitsamts in Bewegung zu bringen. Es handelt sich dabei vor allem darum, festzustellen, inwieweit verschiedene Unfälle in der Gas- und Elektrizitätsindustrie ins Gebiet der Unfallverhütung oder der Berufskrankheiten gehören. Ferner soll dabei genau auseinandergehalten werden zwischen der privaten Gas- und Elektrizitätsindustrie und öffentlichen Betrieben.



Submissionsblüten.

In Bayern werden gegenwärtig neue Priesterseminare gebaut. Die Aufbringung der Mittel für solche Bauten ist in Bayern leichter, als für den Wohnungsbau. In Weiden in der Oberpfalz, wo ebenfalls ein solcher Palast aufgeführt wird, spricht man ganz offen davon, daß Mittel der Stille dazu hergegeben worden sind. Die Geschäftsleute und auch die Arbeiter an den betreffenden Orten machen sich allerhand Hoffnungen über in Aussicht stehende Verdienstmöglichkeiten. Diese gehen aber nicht in Erfüllung, weil die in Frage kommenden Stellen die Aufträge dem „Billigsten“ übergeben, und dieser ist meistens ein „Auswärtiger“. Darüber herrscht dann am Orte große Enttäuschung. „Man geht das ganze Jahr fleißig zur Kirche, zahlt pünktlich die Kirchensteuern, legt auch sonst ein recht frommes Wesen an den Tag, und wenn es einmal etwas zu verdienen gibt, dann bekommt ein auswärtiger Freimaurer den Auftrag.“ Solche und ähnliche Aussprüche kann man tagtäglich hören. Man erinnert sich sogar, daß am Orte doch auch eine Gehilfenorganisation besteht, und verlangt von dieser gemeinsames Vorgehen, da Schmutzkonzurrenz vorliegt.

So wird gegenwärtig im bayerischen Rom, in Bamberg, gleichfalls solch ein Mißbau errichtet. Die am Orte bestehende Innung wird erst gar nicht eingeladen. Fünf Meister der Innung, die einen Kreis für sich bilden, geben ein Angebot ab. Große Hoffnungen in Bamberg. Um so größer die Enttäuschungen bei Eröffnung der Angebots: Gemeinhardt-Nürnberg 147 000 M., die Bamberger Meister 125 000 M., Kommerzienrat Hartner-Nürnberg 67 000 M. Zu diesen Preisen erhielt keiner den Zuschlag, so daß eine zweite Submission mit milderer Ausführung der Arbeiten vorgenommen wurde. Das Ergebnis: Gemeinhardt-Nürnberg 82 000 M., die Bamberger Meister 67 000 M. und Hartner-Nürnberg 41 000 M. Letzterer erhielt den Zuschlag, und nun herrscht helle Empörung über so viel Treulosigkeit. Da aber in Bamberg die katholische Kirche nicht nur eine geistige Macht darstellt und keiner der Meister in Ungnade fallen will, wendet sich der Unmut nicht gegen die vergebende Stelle, sondern gegen die auswärtige Firma, die den Zuschlag erhalten hat. Es liegt Schmutzkonzurrenz vor, und die Gehilfenschaft müsse mit dafür sorgen, daß der Auftrag am Orte bleibt. Unsere Füllungsverwaltung hat sich in einer Sitzung recht eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt. Sie ist der Meinung, daß durch das billigste Angebot allein Schmutzkonzurrenz noch nicht erwießen sei. Es sei ebensogut möglich, daß die Firma, die den Zuschlag erhalten hat, infolge ihres größeren Betriebes und etwaiger maschineller Einrichtungen leistungsfähiger sei und somit billiger sein könne, als die Bamberger Meister. Auch die finanzielle Stärke spiele bei solchen Anlässen eine wichtige Frage. Zu einer Beurteilung gehöre auch eine reflektierte Einsichtnahme in das Leistungsverzeichnis, das bis jetzt von den Meistern nicht angeboten wurde. Ob Schmutzkonzurrenz vorliegt, lasse sich erst erkennen, wenn die Arbeiten ausgeführt werden. Das Interesse der Bamberger Gehilfenschaft richtet sich vor allem darauf, daß die Arbeiten zu den tariflichen Bedingungen ausgeführt werden und nicht die bei solchen Bauten übliche Antreiberei in Anwendung kommt. Wenn ferner dafür gesorgt wird, daß alle auf diesem Bau beschäftigten Gehilfen dem Verbandsangehörigen, um sie über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären zu können, dann kann leicht im beiderseitigen Interesse jeder Schaden für das Gewerbe abgewehrt werden. Allerdings sei dazu die Mithilfe aller Kollegen notwendig. Die Bamberger Kollegen werden auf dem Damme sein und ja sehen, wie sich die Meister einstellen werden, wenn eventuell gegen die auswärtige Firma vorgegangen werden muß.

Im übrigen ist es recht bezeichnend, wie gerade die Kreise, die dem Vorsitzenden des bayerischen Malermeisterverbandes politisch und religiös so nahe stehen, ihm so wenig Verständnis für sein Wirken auf dem Gebiete der Anwendung der Reichsvergütungsordnung entgegenbringen. Es geht eben auch da, wie so oft: Im bayerischen Landtag darf Herr Irl namens der Bayerischen Volkspartei Handwerkspolitik treiben, denn da gehen ja die Forderungen meist nur gegen Staat und Gemeinden. Wenn aber draußen im Lande die Hauptstützen dieser Partei arbeiten zu vergeben haben, dann werden die von Herrn Irl so stark vertretenen Grundsätze mit einer Handbewegung beiseite geschoben.

Die Neugefaltung des Reichs.

Die Minister der deutschen Einzelstaaten waren drei Tage in Berlin versammelt, um kund zu tun, wie sie sich zu dem Problem der Erneuerung des Reiches stellen. Nach dem militärischen Zusammenbruch wurde bei der Neuordnung der Verhältnisse allerhand Schutt weggeräumt. Man schuf eine neuzeitliche Verfassung, die sich auf den republikanischen Staatsgedanken stützt und darlegt, daß die Regierungsgewalt vom Volke ausgeht. Die zahlreichen Potentaten wurden befeitigt, aber deren Wirkungskreise, die Staaten und Städtchen, blieben mit neuer Fassade besetzen. Die Unterlassungssünden der Jahre 1918/19 sind später schlecht zu befeitigen gewesen. Daß es mit dem Neben- und Durcheinander von Regierungsstellen des Reichs und der Einzelländer auf die Dauer nicht so weitergehen kann, muß natürlich jedem klar sein. Es ist ein Unfug sondergleichen, die Steuerbeträge der Staatsbürger in unrationellen Regierungsmethoden zu verplempern. Hat doch der jetzige preussische Finanzminister einmal erklärt, daß 35 % der Tätigkeit der preussischen Staatsmaschinerie darin besteht, Hemmungen zwischen dem Reich und Preußen zu befeitigen.

Das Resultat der sogenannten Länderkonferenz ist ein klägliches. Das einzige Positive ist eine lange Erklärung und die Bildung zweier Kommissionen. Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Cremer hat im Reichstag dieses Resultat der Ministerkonferenz als ein Begräbnis erster, zweiter und dritter Klasse bezeichnet. Mit dieser Charakteristik könnten wir uns eigentlich begnügen. Doch sollen noch einige Punkte der gemeinsamen Entscheidung erwähnt werden. „Das Reich soll sein Machtbereich nicht durch finanzielle Ausschüttung oder ähnliche Maßnahmen zum Schaden der Länder erweitern.“ Die finanzielle Ausschüttung der Länder dürfte sich natürlich bei Inangriffnahme von wichtigen Reformen nicht umgehen lassen. Im Gegenteil scheint sie uns die Voraussetzung dafür zu sein. Des ferneren befindet sich in der Entscheidung eine tiefgründige Feststellung: „Die Auflösung der bestehenden zahlreichen Enklaven und Exklaven im Wege freier Vereinbarung erscheint wünschenswert.“ Mehr als 100 solcher Enklaven und Exklaven sollen in verschiedenen Teilen des Reiches versprengt liegen. Anstatt zu erklären, daß diese Ueberbleibsel aus dem Mittelalter so schnell wie möglich zu befeitigen sind, begnügt man sich mit solcher Feststellung.

Die beiden Reaktionen, Held von Bayern und Wazille von Württemberg, haben die Gelegenheit benützt, um das Gegenteil dessen zu fordern, was man auf der Konferenz bezwecken wollte. Sie haben nicht eine Erweiterung der Reichsgewalt, sondern eine Verbreiterung der Kompetenzen der Länderregierungen verlangt. Reinste reaktionärer Partikularismus von Anno Lobak, der in die moderne Zeit paßt, wie ein langer Schlepptuch zur modernen Frauenkleidung. Der Reichsinnenminister, von Kerdell, der bei alledem die Initiative hätte ergreifen müssen und als führender Kopf die Konferenz zu einem positiven Resultat zu führen gehabt hätte, sah bei alledem dabei wie das Kind beim Dreack. Eine hilflose Figur, deren halbige Befähigung zur Notwendigkeit wird. Schrieb doch selbst die Frankfurter Zeitung: „Kann man sich irgend einen mittleren Gewerkschaftssekretär, gleich welcher Richtung, denken, der die Regierung, der er angehört, und das Reich, das er regieren soll, so völlig im Stich gelassen hätte, wie dieser deutschnationale Reichsinnenminister v. Kerdell? Es wird Zeit, daß das deutsche Volk mit all dem Plunder, der sich in den Regierungsstuben des Reichs und der Länder breit macht, aufräumt. Erst dann kann das deutsche Vaterland jenes verfassungsmäßige Gesicht bekommen, dessen es zu seiner Entwicklung notwendig bedarf.“

Zum wirtschaftlichen Aufstieg.

Das für den Kulturfortschritt notwendige und deshalb berechnete Streben des Menschen geht dahin, sein Dasein zu erleichtern und gegen die Wechselfälle des Lebens zu sichern. Von diesem Streben darf sich der Arbeiter nicht ausschließen, hat er doch am meisten unter der Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse wie unter den Mängeln der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu leiden. Die Existenz des Arbeiters beruht ausschließlich auf seiner Arbeitskraft, die ihm ja selbst dann, wenn er für sie Verwendung findet, nur den härglichen Lebensunterhalt bietet. In Zeiten der Arbeitslosigkeit steht er vor dem Nichts. Die Reichsverfassung spricht wohl von einem Recht auf Arbeit und menschenwürdigen Unterhalt für den Fall der Arbeitsunfähigkeit. Bis jetzt ist es bei dieser Verheißung geblieben, ihre Verwirklichung steht bei der politischen Zersplitterung der Arbeiterklasse so bald nicht zu erwarten. Was an sozialen Einrichtungen zur Sicherung des Arbeiters in der Zeit der Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit vorhanden, ist zum Leben zu wenig und zum Verhungern zu viel. Ein Herabfallen in Not und Elend vermögen sie bis jetzt nicht zu verhüten.

Bei dieser Sachlage bleibt der Arbeiter für die Sicherung seiner Existenz und die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage auf sich selbst angewiesen. Welche Wege stehen ihm hierfür sowie für seinen wirtschaftlichen Aufstieg offen? Die Vertreter der bürgerlichen Gesellschaftsordnung antworten ihm auf diese Frage: Lerne und arbeite! Dieser Antwort entspricht die heutige Schulmethode, die dem Wesen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung angepaßt eine individualistische ist. Zweifellos ist die Entwicklung der individuellen körperlichen und geistigen Fähigkeiten des jungen Mannes sowie Erziehung zur Selbstständigkeit die Weisung und Stärkung des Vertrauens in die eigene Kraft eine Notwendigkeit, die bei der Erziehung gar nicht vernachlässigt werden darf. Diese Aufgabe wird von der Volksschule, die von der arbeitenden Jugend vorzugsweise in Betracht kommt, nur in unzureichendem Maße erfüllt. Was sie bietet, reicht für den Arbeiter nicht aus. steht teilweise mit den tatsächlichen Verhältnissen des Lebens in Widerspruch und führt deshalb zu falschen Vorstellungen und Enttäuschungen. Das Wort: „Dem Tüchtigen steht die Bah!“ ist in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, der im wesentlichen der Besitz herrscht, eine leere Phrase.

Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Das bedingt, daß, wer nicht ausgebeutet werden will, selbst zum Ausbeuter werden muß. Nur die Aneignung der Früchte fremder Arbeit ermöglicht dem einzelnen die Erhebung über die Lebenshaltung der Massen, den Aufstieg zu höherem Lebensgenuß.

Ein derartiger Aufstieg kann nur wenigen gelingen; die Masse der Arbeiter ist diese Aufstiegsmöglichkeit vergeschlossen. Die heutigen Produktionsmittel sind infolge der technischen Fortschritte längst darüber hinausgewachsen, als daß sich der einzelne Arbeiter in ihren Besitz setzen und sie anwenden könnte. Das war noch zu der Zeit möglich, wo die handwerksmäßige Produktionsweise bestand, heute ist daran nicht mehr zu denken. Der Besitz der Produktionsmittel, die sich ins riesenhafte entwickelt haben, ist auf die Kapitalisten beschränkt, die über den Grund und Boden, die Fabriken, Bergwerke, Verkehrsunternehmen usw. verfügen.

Ohne diese Produktionsmittel ist keine Massenerzeugung möglich. Die kapitalistischen Unternehmer wenden sie aber nur an, wenn ihnen daraus ein Vorteil entspringt, der Masse der beschloßenen Arbeiter bleibt nur übrig, ihre Arbeitskraft den Kapitalisten zu überlassen. Diesen fließt deshalb auch der Ertrag der Arbeit zu, von dem die Arbeiter nur einen kleinen Teil als Lohn zurückerhalten, und zwar um so weniger, je mehr Arbeitskräfte vorhanden sind, die auf ihre Verwendung durch das Kapital warten. Auf diese Weise sind die Arbeiter innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung dazu verdammt, Ausbeutungsobjekt des Kapitals zu bleiben. Erst mit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, mit der Überführung der Produktionsmittel aus dem privaten Besitz in den Besitz der Gesellschaft — das ist die Gesamtheit des Volkes — ist auch für die Beschloßenen der Weg zu einer höheren Lebensweise, zu höherem Lebensgenuß und zu einem idealeren Lebensinhalt frei, als ihn die heutige Fron im Dienste des Kapitalismus zuläßt.

Diesem Ziele streben die Gewerkschaften wie die politische Arbeiterbewegung zu. Sie wollen die Arbeiter in dem Willen einen, sich von der Herrschaft des Kapitals zu befreien. Ihre Tätigkeit geht dahin, die Arbeiter zur Solidarität, zum gemeinsamen Zusammenarbeiten zu erziehen, um die Macht des Kapitals zu brechen, die Produktionsmittel zum gemeinsamen Eigentum für alle, die arbeiten wollen und arbeiten können und damit zu Werkzeugen im Dienste der allgemeinen Wohlfahrt zu machen. Diese Aufgabe läßt nicht zu, bis zur Erreichung des gegebenen Zieles den heutigen gesellschaftlichen Zuständen unzulässig zuzufahren. Die Gewerkschaften betrachten es vielmehr als Pflicht, auch unter den bestehenden Verhältnissen auf die Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter hinzuwirken. Das ist durch Erhöhung des auf die Arbeit entfallenden Produktionswertes wie auch durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Erweiterung der Arbeiterrechte zu erreichen.

Der erfolgreiche Kampf um diese Dinge erfordert den Anschluß aller an ihre gewerkschaftliche Organisation. Nur durch die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft haben sie die Gewähr, ihre wirtschaftliche Lage dauernd zu bessern sowie mit der gesamten Arbeiterschaft sozial aufwärts zu steigen.

Berufsunfälle

Auf der Flensburger Werft erlitt unser Kollege Hugo Blukelman am 7. Januar beim Streichen von Luftkanälen eine erhebliche Beckenquetschung mit Bluterguß. Der Luftkanal kam ins Rutschen, beim Versuch ihn aufzuhalten, glitt Kollege H. jedoch aus und kam zu Fall. Sein Nebenkollege konnte noch rechtzeitig beiseite springen. Es ist noch ein Glück obendrein, denn Kollege H. hätte leicht totgequetscht werden können, da so ein Luftkanal 800 Pfund wiegt.

Das Wesentliche.

In Felsen gebauen finden wir hier und dort in der Welt Zeichnungen. Sie stellen Tiere oder Menschen dar und wurden vor Jahrtausenden von ganz unkultivierten Menschen in die Felsen geritzt. Dennoch fällt bei den eingegrabenen Zeichnungen dieser Primitiven eines auf: der ausgeprägte Sinn für das Wesentliche. Die wesentlichen Merkmale der gezeichneten Menschen und Tiere wurden erkannt und festgehalten. Und darüber wundert sich die Wissenschaft.

Aber daß sie sich darüber wundern muß, ist bezeichnend. Es läßt vermuten, daß uns heutigen Menschen dieser starke Sinn für das Wesentliche verlorengegangen ist.

Und er ist bei uns auch nicht mehr in dem alten Maße vorhanden. Das zerkleinernde Leben von heute hat auch unser Empfinden verleßt. Dieses Leben mit seinem Kampfe um die Existenz hat den Sinn für das Feinere geschädigt. Das Leben mit seinem Sehen und Jagen hat zu einem stillen Bestreben und künstlerischen Beobachten der Umwelt nicht mehr die Zeit.

Das können wir auch auf andern Gebieten des Lebens erkennen, daß der Sinn für das Wesentliche nicht mehr diese alte gesunde Klarheit hat. Das erkennen wir auch im organischen Leben. Auch da wird die große wesentliche Linie oft nicht gesehen. Auch in gewerkschaftlichen Kampfen beobachtet man sooft den führenden Gedanken nicht und läßt die Zielkraft, indem man an Kleinigkeiten nörgelt und weniger bedeutende Nebenerscheinungen für wesentlich hält.

Auch Nebenerscheinungen mag man kritisieren, doch immer mit der Kritik, die einer Nebenerscheinung zukommt aber nie in solcher Art, daß darunter das Wesentliche, das Ganze zu Schaden kommt. Alles muß im Dienste des großen Gedankens stehen, und eines Menschen ist es nicht würdig, sich so weit im Kleinsten zu vergessen, daß der Sinn des Ganzen dadurch gefährdet wird.

Nur das ist menschlich, groß zu denken, in führenden Linien zu streben aufwärts. Ist das nicht herrlich, zu leben, wie da im primitivsten Menschen solch ein Sinn für das

Ein tödlich verlaufener Unfall ereignete sich am 25. Januar in Berlin auf dem Gelände des Warenhauses Wertheim in der Hoffstraße. Von einer 10 Meter hohen Stellage stürzte der dort mit Dekorationsarbeiten beschäftigte 64jährige Malermeister Robert Messerschmidt in die Tiefe. Der Un glückliche durchschlug ein im Parterre befindliches Glasdach und blieb mit zertrümmertem Schädel im Keller tot liegen. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Gewerkschaftliches

Julius Langner †. Der langjährige Hauptkassierer des Friseurverbandes ist am 16. Januar ganz unerwartet im Alter von 54 Jahren in Berlin gestorben. 20 Jahre lang hat er mit Pflichter und Zuverlässigkeit seinen Vertrauensposten verwaltet. Dem Verstorbenen bewahren wir ein ehrendes Andenken.

Der Kampf um den Lohnanteil. Die von den amerikanischen Gewerkschaften vertretene allgemeine Lohnpolitik wurde vom Vorsitzenden des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Green, folgendermaßen gekennzeichnet: „Auf der ersten Stufe der Arbeiterbewegung habe man für die Erhöhung der Nominallohnne bei gleichzeitiger Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht genügt, sei man auf der zweiten Stufe zum Kampf um die Steigerung der Reallohnne übergegangen. Die dritte Stufe sei nunmehr mit der neuen Formulierung der Arbeiterforderungen eintreten worden: Kampf um den „Lohnanteil am Gesamtprodukt“. Im Januarheft der Zeitschrift „Die Arbeit“ versucht Dr. J. Marschak, den Sinn und die wirkliche Bedeutung dieser „dritten Stufe“, wo der Lohnanteil zur Höhe der Gesamtproduktion in Beziehung gebracht wird, zu ergründen. Zunächst zeigt er, daß in der deutschen Arbeiterbewegung diese Forderung nicht neu ist: es wird jeweils der Versuch gemacht, den Gewinn der Unternehmungen beziehungsweise Produktionszweige — Reinertrag — auf Grund von Selbstkostenrechnungen zu erfahren, um die Lohnforderungen auch auf solche Berechnungen zu stützen. Dabei ist die deutsche Methode, die vom Reinertrag ausgeht, richtiger als die bisher gelübte amerikanische, wo man den Lohnanteil gewöhnlich zum Rohertrag der Produktion in Beziehung gesetzt hat. Die amerikanische Methode vernachlässigt zu Unrecht die Berücksichtigung des Anteils der Rohstoffe (deren Preise bekanntlich wesentlichen Schwankungen unterworfen sind) und des Kapitalverschleißes (Maschinen, Gebäude usw.) an dem Produktionswert. Die an sich durchaus berechtigte Forderung, daß der Ertrag der Produktion bei der Lohnbestimmung berücksichtigt werden soll, muß gegenüber den amerikanischen Methoden außerdem noch folgende Korrekturen erfahren: a) während die amerikanischen Gewerkschaften den Lohnanteil in seinem Verhältnis zum Produktionswert beständig (stabil) halten, das heißt, ihn der Produktionssteigerung entsprechend steigern wollen, kann unter Umständen eine Steigerung des Lohnanteils auch darüber hinaus verantwortet werden; b) beim Sinken der Produktion (etwa in Zeiten der Krise oder Depression) darf der Lohnanteil nur so weit sinken, daß nicht auch die Reallohnne geringer werden. Somit muß auch die „zweite Stufe“ (das heißt der Reallohn) ihre Bedeutung in der Lohnpolitik behalten. Dadurch kommt man zu zwei Minimalgrenzen des Lohnes, von denen jeweils die höhere gelten muß, das Existenzminimum, geschützt durch den Lebenshaltungsindeks, und das „Gewinnanteilsminimum“, das etwa durch einen Index des Lohnanteils am Ertrag geschützt werden soll. Dr. Marschak hebt den größeren Wert von Berechnungen über die Produktionssteigerung, die die ganze Produktion der Volkswirtschaft berücksichtigen, gegenüber solchen, die nur einzelne Produktionszweige erfassen, hervor. Zum Schluß zeigt er dann, daß der Schutz der Kaufkraft durch Anwendung beider Grundfätze des „Lohnanteilsminimums“ und des „Lebenshaltungsindeks“ wohl geeignet ist, auch die Verhütung

beziehungsweise Milderung der Krisen in gewissen Grenzen zu gewährleisten.

Reichsjugendtag 1928 des Zentralverbandes der Angestellten. Nach dem zweiten Reichsjugendtag im Jahre 1925 in Bielefeld veranstaltete die Reichsjugendgruppe im Zentralverband der Angestellten zu Pfingsten 1928, am 27. und 28. Mai, ihren 3. Reichsjugendtag in Frankfurt a. M. Im Mittelpunkt dieser Tagung steht eine große gewerkschaftliche Kundgebung, in der Staatsminister a. D. Karl Severing sprechen wird. Außerdem werden besondere Veranstaltungen beruflicher, künstlerischer und sportlicher Art geboten. Überall im Reich rufen die Jugendmitglieder des Verbandes zu dieser Tagung, die ihren Vorläufer sowohl in bezug auf den Verlauf als auch auf die Teilnehmerzahl weit übertreffen wird. Von diesem Jugendtag soll erneut ein Mahnruf an die gesamte Jugend im Angestelltenberuf ergehen, sich in ihrem eigenen Interesse und zum Wohle der freien Angestelltenbewegung im Zentralverband der Angestellten zu organisieren.

Sozialpolitisches

Wohnungsbau, Bevölkerungsvermehrung und Haushaltungen. Im Jahre 1927 ist mehr gebaut worden, als im Jahre zuvor. Der Reinzugang an Wohngebäuden betrug vom Januar bis September 1927 in Groß- und Mittelstädten 17 470, gegen 13 883 in dem gleichen Zeitraum 1926. Wau-erlaubnisse waren 1927 erteilt in der gleichen Zeit 24 596 gegen 22 640 im ganzen Jahre 1926. Die Bautätigkeit wäre noch besser gewesen, wenn nicht die Geldbeschaffung soviel Schwierigkeiten gemacht hätte. Diese Schwierigkeiten bestehen auch im Jahre 1928 fort. Bekanntlich sollen nach einer Schätzung des Reichsarbeitsministeriums 800 000 Wohnungen in Deutschland fehlen. Der Gesamtbestand der deutschen Wohnungen wird mit rund 18 Millionen angenommen. Wenn für das ganze Jahr 1927 ein Reinzugang neuer Wohnungen von insgesamt 260 000 angenommen wird, so spielt eine solche Vermehrung, gemessen an dem Gesamtbestand, nur eine geringe Rolle. Man schätzt den Zugang bezüglich der Zahl der Wohnungen seit 1918 auf rund 10 %, während die Einwohnerzahl um 6 % gestiegen ist. Der Vorkriegsverbrauch je Kopf und Bevölkerung müßte also um einige Prozent überschritten sein. Tatsächlich ist dies nicht der Fall, da das Anwachsen der mittleren Altersklassen die durchschnittliche Vermehrung der Bevölkerung übersteigt und mithin einen über Vorkriegshöhe hinausgehenden Wohnraum je Kopf erfordert. Dafür liefert auch die Tatsache einen Beweis, daß bei einer Bevölkerungsvermehrung von 6 % die Zahl der Haushaltungen um 16 % gestiegen ist. Somit hätte die Wohnungsbautätigkeit vielleicht den reinen Bevölkerungszuwachs zu befriedigen vermocht, aber infolge des Anwachsens der mittleren Altersklassen und der damit einhergehenden Steigerung der Zahl der Haushaltungen ist tatsächlich ein großes Minus vorhanden. Und dieses Minus gilt es in den nächsten Jahren durch verstärkte Bautätigkeit auszugleichen.

Wirtschaftlicher Aufschwung oder Europa vor dem Bankrott? Die Enkaltungsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft werden je nach Stellung oder persönlicher Auffassung sehr verschieden beurteilt. Während ausgesprochene Pessimisten wie bei allem in der Welt grau in grau sehen, sagen uns andere hoffnungsfreudig eine rosige Zukunft voraus. Dazwischen gibt es dann viele Schattierungen, wenn sich auch alle einig sind, daß der Gesundungsprozess unserer Wirtschaft in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht hat. Wie Industrielle über die fernere Entwicklung Deutschlands denken, geht aus einem Vortrag hervor, den Dr.-Ing. E. Canaris, Generaldirektor der Maschinen- und Lokomotivfabrik J. A. Maffei u. Co. in München, vor kurzem gehalten hat. Nach seiner Ansicht „besteht kein Zweifel, daß wir nicht nur für den Auslandsmarkt, auf dem sich unsere Lage mit jedem Tag bessert, den wir aber keineswegs überschätzen, sondern ganz besonders im Innern sehr große Aufgaben vor uns haben:

Wesentliche, das Bestimmende vorhanden ist? Der Mensch ist zu mehr geworden als zum Ausleben in den alltäglichsten Kleinigkeiten. Er hat etwas vom Führen in sich, vom Schöpferium, vom Immer-neuen-Gestalten.

So ist es denn auch nicht merkwürdig, daß auch beim genialen Menschen der Sinn für das Wesentliche eine charakteristische Erscheinung ist. Ein Genie kann nicht sein ohne den ausgeprägten Sinn für das Wesentliche, auf das es sein ganzes Denken und Schaffen als auf die Kernpunkte der Wahrheit lenkt.

Wenn wir darum das so häufige Fehlen des Sinnes für das Wesentliche auch aus den Zeitverhältnissen heraus gewiß begreifen, so ist es doch zugleich gegen diesen Zeitgeist, wenn wir klar den Weg gehen, den wir zu gehen gezwungen sind. Mögen auch manche einzelnen vielleicht an der Zeit kranken: unsere Bewegung krankt nicht.

Ich bin das so gewohnt.

Träge leben so viele Menschen dahin. Wie eine Kugel, von außen gestoßen, dahintrollt, so lassen sie sich von außen bewegen und schieben und quälen, ohne eigenen Widerstand. Und ruft man ihnen dann zu: „Haltet doch ein! Erkennt ihr denn nicht euer trauriges und feiges Los?“, dann ist ein Achselzucken nur die Antwort.

Sie sind das Leben so gewohnt. Die Gewohnheit ist die schlimmste Gefahr des Fortschritts. Der Mißbrauch, den Menschen mit Gewohnheit treiben, kann an und für sich auch Gewohnheit sein. Sie erleichtert oft, in Kleinigkeiten angewandt, das Leben. Sie bewahrt so oft vor einer Verzettlung der Energie. Sie läßt das Leben sich in so manchem nach diesem Gewohnheitslauf vollziehen, doch nur, damit die Kraft dann für die andere, für die große ganze Aufgabe des Menschen mitverbraucht werden kann.

So ist die Gewohnheit eines bestimmten Tageslaufes oft, wie die Wissenschaft auch bewiesen hat, eine lebensfördernde Einrichtung. Doch nur in dem Kleinen, in den Alltäglichkeiten des Seins. Wer darüber auch in den großen Linien, in den sozialen Rechten des Lebens der Gewohnheit anheimfällt, der unterdrückt sich selbst und sein Recht am Dasein.

Der handelt dem gesunden Sinne, den Gewohnheit haben kann, entgegen.

Gegen die Gewohnheit, gegen das ewig Gefrigte sozialer Unterdrückung zu sein, das ist die führende, lebenbestimmende Tat. Nur nicht geschoben! Nur nicht ewig von außen bewegt! Ein Ganzes jeder! Jeder ein Starker und Eigener! Und wenn es anders als so bei einem Menschen ist, dann ist das nur zum Vorteile derer, die da gewohnt sind, über ihre dummen Knechte zu lachen.

Von der Tiefe und Größe des Mit-Leidens.

Wo ich erschledenes Behagen oder die Tendenz, sich ein solches zu bereiten, wahrnehme, wende ich mich mit einem gewissen inneren Grauen ab. So habe ich, ohne Reich zu empfinden, einen instinktiven Haß gegen Reiche empfunden: ich gebe zu, daß auch sie trotz ihres Besitzes nicht glücklich zu nennen sind; aber sie haben die recht erschütterliche Tendenz, es sein zu wollen; und das entfernt mich so von ihnen. Sie hatten sich mit raffinierter Abicht vom Leibe, was ihrer möglichen Mitempfindung das Elend zeigen könnte, auf dem all ihr gewünschtes Behagen beruht, und dies einzige trennt mich um eine ganze Welt von ihnen. Ich habe mich darin beobachtet, daß ich mit sympathisch-drängender Gewalt zu jener andern Seite hingezogen werde, und alles mich erst nur insofern berührt, als es mit Mitgefühl, das ist Mit-Leiden, erweckt. Dieses Mit-Leiden erkenne ich in mir als stärksten Zug meines moralischen Wesens, und vermute, daß dies auch der Quell meiner Kunst. Richard Wagner.

Lohnt sich soziale Gestaltung? In jedes, selbst das ärmste Kind, ist ein gewisser Kapitalwert gesteckt, durch die Kosten der Geburt, der Ernährung, der Erziehung und Bildung. Diese Kosten betragen für die amerikanischen Kinder bis zu 15 Jahren, die innerhalb dieser 15 Jahre sterben, 2 Milliarden und 200 Millionen Dollar. Sie starben, weil die soziale Fürsorge fehlte. Nur 175 Millionen Dollar jährlich, und die meisten jener Kinder blieben am Leben. Aber man opfert dennoch lieber Milliarden; denn Rentabilität und Kalkulation sind ein Gebiet jenseits des Sozialen. Dräben wie bei uns.

Wohnungsbau, Straßenbau, Erhöhung und Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion, Bau von Motorfahrzeugen aller Art. Wir werden in den nächsten Jahrzehnten alle Hände gebrauchen, um unsere Arbeit zu leisten. Vieles hängt davon ab, daß uns das Kapital zufließt, das wir für unsere Entwicklung benötigen. Alles andere liegt allein bei uns."

Die Einschränkung im vorletzten Satz ist unzweifelhaft berechtigt. Hat sich doch der englische Volkswirtschaftler Sir George Paish dahingehend verhalten lassen, daß sich die Anleihen Amerikas an Europa im Jahre 1926 auf 500 Millionen Pfund belaufen und daß die Summe im Jahre 1927 wahrscheinlich noch höher sein wird. So könne es aber nicht weiter gehen, sonst stände Europa in wenigen Jahren vor dem Bankerott. Diesem Unglück könnte gesteuert werden, wenn durch Herabsetzung der Zölle und Beseitigung aller Beschränkungen des internationalen Handels die Möglichkeit geschaffen werde, daß Europa seine Erzeugnisse auf dem Weltmarkt absetzen könne. Einen Weg habe die letzte internationale Wirtschaftskonferenz aufgezeigt, es fehlt aber an der Zusammenarbeit von Wirtschaftlern, Staatsmännern und Politikern die neben dem Willen auch die Macht haben, die Wechselläufe und Anregungen durchzuführen. Auch darin liegt zweifellos ein Teil Wahrheit, und die Verhältnisse werden die Staatsmänner in den verschiedenen Ländern zwingen, trotz aller Eigenbrödelerei das zu tun, über dessen Notwendigkeit man sich schon lange im klaren ist. Wenn das einmal offiziell zugegeben wird, dann wird man auch zu den nötigen Maßnahmen schreiten und dann kann es gar keine so großen Schwierigkeiten mehr geben, die einer vernünftigen Fortentwicklung Hindernisse bereiten könnten. Die Arbeiterschaft aber, und vor allem die deutsche Arbeiterschaft, wird die entgegenstehenden Schwierigkeiten zwar nicht unterschätzen, aber im Vertrauen auf die eigene Kraft zu überwinden wissen. Für uns kommt mit in Betracht, daß die notwendige Kapitalzufuhr in Zukunft nicht mehr durch engherzige Maßnahmen unterbunden wird, wie sie Dr. Schacht vorzunehmen beliebte. Dann liegt bei uns, wie im Ausland, alles an der Arbeiterschaft, die jederzeit bereit ist, die Wirtschaft auf andere Bahnen zu führen, wenn der Raftengeist engstirniger Kapitalisten sich den wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten auch fernerhin verschließen sollte.

Schutz und Hilfe für ältere Arbeiter und Angestellte. Die fortschreitende Rationalisierung hat in den meisten Betrieben zu weitgehenden Entlassungen älterer Arbeiter und zu Abbaumassnahmen gegen ältere Angestellte geführt, die dann vielfach ganz aus ihrem Berufe und nicht selten — zumindest für die Dauer von Krisen — aus dem Erwerbaleben überhaupt ausgeschaltet wurden. Bei der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums ist nun im Haushaltsausschuß des deutschen Reichstages eine von den sozialdemokratischen Vertretern eingebrachte Entschließung, betreffend die Not der älteren Arbeiter und Angestellten, angenommen worden. Darin wird die Reichsregierung aufgefordert, dem Reichstag so bald wie möglich einen Gesetzentwurf über die Sicherung der Rechte älterer Arbeiter und Angestellter vorzulegen. Ein weiterer, ebenfalls angenommener Antrag fordert die Vorlage eines Gesetzentwurfs, durch den die technischen Angestellten, die durch die gegenwärtigen Bestimmungen der Gewerbeordnung benachteiligt sind, den kaufmännischen Angestellten gleichgestellt werden.

Aus Unternehmertreibern

Ein Schwindelgenie oder: "Wie ein Malermeister Generaldirektor wurde". Der ehemalige Leipziger Malermeister Albert Schönfeld erhielt im Jahre 1917 erstmals eine kleine Malerarbeit für das Leunawerk übertragen. Da die Werke infolge reichlicher Kriegsaufträge und der späteren Umstellung auf künftigen Stützpunkt sich immer mehr ausdehnten, erhielt er auch größere Aufträge, für die in bestimmten Zeitabschnitten jeweils Abschlagszahlungen geleistet wurden. Während der Inflation erhielt er dann mehrmals in verhältnismäßig hohen gehaltenen Nachforderungen ausbezahlt. Der glatte Verlauf dieser Aufwertungen brachte den "smarten" Geschäftsmann Schönfeld auf eine geniale Idee. Er setzte es mit Hilfe einiger zeichnungsberechtigter Beauftragter durch, daß längst erledigte und bezahlte Malerarbeiten zum zweiten Male bezahlt wurden. Als ihm dann Direktionsmitglieder gar noch eine schriftliche Bestätigung ausfertigten, daß alle von Sch. präsentierten Rechnungen zu honorieren seien, war die Bahn zu großartigen Transaktionen frei. Mit dieser Blankovollmacht versehen, gab er sein Malergeschäft auf und eröffnete ein Bureau, in dem eine Privatsekretärin alte und neue Rechnungen für angeblich von ihm, in Wirklichkeit aber gar nicht oder doch von andern Firmen ausgeführte Malerarbeiten ausstellte. Und diese Rechnungen wurden nicht einmal, sondern drei-, vier- und sogar fünfmal beglichen. Seine Helfer aus dem Betriebe erhielten eine Gewinnbeteiligung von 25%. So entstanden trotz fortlaufender Zahlungen Forderungen von 11 Millionen Goldmark und Schönfeld soll den laufenden Betrag von 2 1/2 Millionen Mark herausgeschwindelt haben. Als sich dann doch einmal Schwierigkeiten ergaben, verklagte Sch. die Leunawerke — im Vertrauen auf seine "getriebene" Sache — kurzerhand auf Zahlung von zwei-einhalb Millionen. Das schien dem Direktorium doch so annehmbar, daß eine Untersuchung eingeleitet wurde, in deren Verlauf die damit betrauten Kriminalbeamten schwer belastendes Material zutage förderten. Da aber auch einige führende Personen über die Klänge sprangen mußten, begünstigte die Aufdeckung des Riesenschwindels erheblichen Schwierigkeiten. Sch. selbst, der es mit Hilfe der erlöschenden Gelder bereits zum Generaldirektor verkleideter Aktiengesellschaften gebracht hatte, sitzt seit bald einem Jahr in Untersuchungshaft.

Die Angelegenheit wäre nicht vollständig ohne die Feststellung, daß ein Kollege, der den Malerarbeiten im Leunawerk als Polier vorgestanden hatte, der Direktion schon im Jahre 1923 Anzeige über weitgehende Betrügereien gemacht hatte. Aber der ehrliche Warner wurde

FACHBLATT DER MALER

**ZEITSCHRIFT
ZUR FÖRDERUNG DER HAND-
WERKLICHEN WERTARBEIT IN
FARBE, FORM UND RAUM**

**Anregungen, Belehrungen in
Wort und Bild. Fachtechnik,
Materialkunde. Der sichere
Weg zur künstlerischen Form
in Farbe und Raum**

**Monatlich 1 Heft mit starkem
Textteil u. 7 oder mehr farbige
Tafeln. Illustrationen. Beilage
mit Meinungsaustausch und
fachtechnischen Mitteilungen**

**Bestellungen nehmen unsere Filial-
verwaltungen entgegen!**

auf Veranlassung eines Direktionsmitgliedes sofort entlassen und aus dem Werk entfernt.

Die geschäftliche Tüchtigkeit einiger kapitalistischer Direktoren hat einen bedenklichen Stofz erlitten. Man kann ihre "Ehrlichkeit" aber erst ganz verstehen, wenn man weiß, daß die Zehntausende heute in den Werken beschäftigten Arbeiter sich täglich beim Verlassen des Betriebes einer körperlichen Durchsuchung unterziehen müssen, ob nicht einer ein Stückchen Kupferdraht oder dergleichen mitgenommen hat. Das Werk, das von unternehmungs-tüchtigen Schwindlern um Millionenwerte betrogen wurde, trotzdem aber noch Riesengewinne abwarf, zahlt seinen Arbeitern Hungerlöhne, die zu den gesundheitschädlichen Arbeiten in den mit giftigen Dämpfen gefüllten Leunawerkstätten in gar keinem Vergleich stehen. Fürwahr ein Bild, das der Arbeiterschaft die schändliche Frage des skrupellosen Kapitalismus so unverhüllt zeigt, wie es nur ganz selten einmal zu geschehen pflegt.

Verchiedenes

Arbeit und Lebensdauer. Die Art der Arbeit ist von bestimmendem Einfluß auf die Dauer des Lebens. Hierüber liegen neue lehrreiche Untersuchungen aus Baden vor. Da hat Medizinalrat Dr. R. Weber in einem Bezirke unter andern die Sterblichkeit der Arbeiterfrauen mit der der Bauernfrauen verglichen. Er kommt in seinen Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß, wie Dr. Weber in den "Sozialhygienischen Mitteilungen" berichtet, die Sterblichkeit der Arbeiterfrauen in dem erwerbstätigen Alter besonders groß ist. Von 100 Gestorbenen der weiblichen Arbeiterbevölkerung starben im Kindesalter bis zum fünfzehnten Lebensjahre 23,2%, im erwerbstätigen Alter bis zu 65 Jahren (von 15 Jahren ab) 43,4% und im Greisenalter, über 65 Jahre 33,4%. Damit ist also die Sterblichkeit im erwerbstätigen Alter in der weiblichen Bevölkerung überaus hoch. Anders ist es bei den Bauernfrauen, die Dr. Weber untersuchte. Während die weibliche Arbeiterbevölkerung im erwerbstätigen Alter unter 100 Gestorbenen 43,5 zählte, starben unter den Bauernfrauen im erwerbstätigen Alter nur 26,9 unter 100. Dagegen waren unter 100 gestorbenen Bauernfrauen 44,2 Greisinnen über 65 Jahre, gegen nur 33,4 unter der weiblichen Arbeiterbevölkerung. Hierbei wird die Ernährung eine Rolle spielen, doch dazu auch die übrigen Lebensverhältnisse, der Aufenthalt in Luft und Licht bei den andern. Jedenfalls zeigt der gewaltige Unterschied deutlich, wie sehr das Leben der arbeitenden Frau durch gesunde soziale Lebensbedingungen verlängert werden kann.

Fachtechnisches

Das Sprachgut des Malergewerbes.
Erkenntnisquellen der fachlichen Bezeichnungen.
Von Karl Meitner-Heckert.

Die Zusammenfassung alles Forschens und Wissens über menschliche Sprache ist ein Werk der neuen Zeit. Jede Sprache ist für jedes Volk eine Weltanschauung. Aus der Sprache leitet sich aber nicht nur der Kulturzustand und der Bildungsgrad eines Volkes ab, sie bezeugt auch den Ge-

dankenkreis der Berufe. Auch das Malergewerbe hat durch die Eigenart des Lebens innerhalb seines Standes und durch die Besonderheiten einer umgrenzten Beschäftigung ein reiches Wortmaterial ausgebildet, das ihm eigentümlich ist. Es ist interessant und lehrreich, in den fachlichen Wortschatz des Maler- und Lackierergewerbes einzudringen und Sinn und Bedeutung des Wortmaterials zu begreifen.

Farbe. Stammwurzel für das Wort "Farbe" ist das mittelhochdeutsche Eigenschaftswort "var" = bunt, gefärbt, von dem "varwe" = Farbe abgeleitet wurde.

Pinzel. "Pinzel" stammt vom lateinischen "penicillus". Im Mittelhochdeutschen sagte man: "pensel" oder "bensel". Ländchen. "Tunihon" ist im Althochdeutschen: bekleiden. Man sagte: "mit klake tunihon" = mit Kalk bekleiden. Im Lateinischen heißt tunica, im Italienischen tonica: die Jacke.

Im Zusammenhang mit den Ableitungsworten steht heute noch der Sprachgebrauch: "eine Wand mit Ländchen bekleiden". Malen. "Mail" hieß im Gotischen: Fleck, Narbe. "Malen" (althochdeutsche "Malon") heißt eigentlich: mit Flecken oder Zeichen versehen, was unserm Begriff "Malen" entspricht. Firnis. Bis auf das lateinische "vitrum" = Glas wird Firnis zurückgeleitet. Stammverwandt damit ist das französische "vernis" = Lack, Schminke.

Wand. Lautlich steht das Wort "Wand" im Zusammenhang mit "wenden". Abgeleitet wird es aus dem lateinischen "vallus" = Verschanzung, Mauer, Wall. Im Althochdeutschen sagte man: wani.

Streichen. "Stringere" (lat.) heißt abstreifen, berühren, im übertragenen Sinn auch zeichnen. Im Mittelhochdeutschen hieß "strichen" soviel wie glätten, bestreichen. In die Urbedeutung des Wortes "streichen" weisen heute noch "Striegel", "Strähne" usw. hin.

Fries. Goethe sagte noch: die Frieze; vorher findet sich die Benennung "Pbrisch" für: Säulenverzierung. Ursprung hat "Fries" im lateinischen "frisium" = Warte.

Grün. "Grün" ist abgeleitet aus dem germanischen "gro" = wachsen, grünen. Althochdeutsch bezeichnete "gruoni" gleichzeitig frisch und grün.

Gelb. Urverwandt mit dem lateinischen "helvus" ist das germanische "ghelwo", daraus wurde althochdeutsch "gelwe" und schließlich unser "gelb".

Blau. "Flavus" (lateinisch) bezeichnete gelb und blond. Der Farbenbegriff hat sich in dem germanischen "blawo" und italienischen "biavo" zu "blau" gewandelt.

Rot. Die indogermanische Wurzel "rudh" heißt: rot sein. Daraus wurde altnordisch "raur", niederländisch "rood", mittelhochdeutsch "rot" gebildet.

Ocker. Entlehnt aus dem lateinischen "ochra", das wie das französische "ocre" Gelberde bezeichnet. Früher sagte man "Ogger".

Öl. Vor dem lateinischen "oleum" war schon ein Wort "alew" bekannt. Durch das Klosterlatein wurde im Mittelhochdeutschen "olei", "Ole" und schließlich unser "Öl" geformt.

Schellack. Eigentlich: Schallack = Lack, dünn wie Schale. Im Englischen heißt Schale: Shell. Unter "Schellack" ist also Lack in dünn geformten Löffelchen zu erkennen.

Literarisches

Die beste kommunalpolitische Zeitschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land ist "Die Gemeinde". Das 2. Jahrgangsjahr verdient besondere Beachtung. Ein sehr instruktiver Artikel von W. Schimmel über den "Reichsfinanzausgleich" führt geschickt in diese aktuelle Frage vom Standpunkt der Gemeinden ein. Stadtrat Ernst Meuter-Berlin schreibt über den Stand der Kommunalisierung der Berliner Müllabfuhr. Die Abhandlung über die Wirtschaftlichkeit kommunaler Werke gibt eine Fülle Material aus den statistischen Erhebungen des preussischen Finanzministeriums. Die Abteilung "Für Land- und Kleingemeinden" ist überaus reichhaltig — eine erfreuliche Neuerung im 5. Jahrgang — und gibt den Genossen in den kleinen Gemeinden sehr viel brauchbares Material. Die Rubrik "Kommunale Rundschau" ist eine wahre Fundgrube von Beispielen, Anregungen, Winke und Fingerzeigen und macht das ganze Heft unentbehrlich für jeden Stadt- und Gemeindevertreter. Bezugspreis monatlich 90 Pf. Bestellungen bei jeder Postanstalt oder direkt beim Verlag S. & W. Diez Nachlag., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Freiheits- und Arbeiterliederbuch, zusammengestellt von August Albrecht, 64 Seiten, kartoniert 40 Pf. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Allianceplatz 8. Nachdem uns ein brauchbares Arbeiterliederbuch lange fehlte, hat hier ein Kenner mit über 100 Liedertexten fast alles zusammengetragen, was vom Mittelalter bis in die allerneueste Zeit an Freiheitliedern, Liedern der unterdrückten Klassen in gefangenen Liedern, Liedern gedruckt hat. Darüber hinaus enthält das in kleiner Taschenformat gehaltene Bändchen noch Berufs-, Handwerker-, Turn- und Wandervogellieder. Diese Zusammenstellung dürfte allen Ansprüchen genügen und bei der Arbeiterfront wie bei allen freiheitlich Denkenden viele Ankere finden. Der etwas unfaire Druck ist durch den billigen Preis bedingt: vielleicht entschließt man sich bei einer Neuaufgabe zu größeren Editionen, wenn dadurch das Taschenformat auch etwas erhöht ausfallen sollte. Das Liederbuch ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Vom 29. Jan. bis 4. Febr. ist die 5. Beitragswoche.
Vom 5. bis 11. Februar ist die 6. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Wilhelmshaven. Am 24. Januar starb unser treuer Kollege August Hente im 51. Lebensjahr infolge eines Herzschlags.
Ehre seinem Andenken!

DIE TECHNIK DER

HOLZMALEREI

12 FARBIGE TAFELN MIT 23 DARSTELLUNGEN, 17 ABBILDUNGEN U. INSTRUKTIVEN ERLÄUTERUNGEN MAPPE MIT TEXTTEIL - 18 MARK

Ansichtsexemplare liegen bei den Ortsverwaltungen aus. Bestellungen werden dort entgegengenommen oder vom Verlag: Fachblatt der Maler, Hamburg 36